Buchbesprechungen

Sönke Neitzel/Bastian Matteo Scianna: Blutige Enthaltung. Deutschlands Rolle im Syrienkrieg. Freiburg: Herder-Verlag, 2021, 160 Seiten

Besprochen von **Dr. Remko Leemhuis**

<https://doi.org/10.1515/sirius-2021-4027>

Was als Aufstand gegen das Assad-Regime in Syrien begann, sich zu einer Auseinandersetzung konkurrierender Regionalmächte entwickelte und durch das Eingreifen Russlands und der USA sowie die Fluchtbewegung nach Europa zu einer globalen Krise ausweitete, hat wie kaum eine andere Entwicklung in den vergangenen Jahren schonungslos die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutscher Außenpolitik offengelegt. Die beiden Historiker Sönke Neitzel und Bastian Matteo Scianna haben jetzt mit ihrem Buch „Blutige Enthaltung. Deutschlands Rolle im Syrienkrieg“ einen knappen Abriss über die deutsche Rolle in diesem Konflikt vorgelegt.

Auch wenn wir erst nach der Öffnung der Archive wirklich verstehen werden, welche Überlegungen das Kanzleramt und das Auswärtige Amt in ihrer Syrien-Politik geleitet haben, so steht das Agieren, wie nach der Lektüre deutlich wird, in diesem Fall doch exemplarisch für grundsätzliche Probleme der deutschen Außenpolitik.

Da ist zum einen die fehlende Definition von Interessen. Zwar hat sich die Bundesregierung richtigerweise früh festgelegt, dass die Zukunft Syriens nur eine *ohne* den Schlächter Baschar al-Assad sein kann. Indes gab es aber kaum eine Diskussion darüber, warum dies, abseits der begangenen Verbrechen gegen die Menschheit durch das Regime wünschenswert ist. Wie etwa fügt sich eine solche Forderung in ein Gesamtkonzept für den Nahen Osten ein? Was bedeutet dies für die Verbündeten und die Gegner in der Region? All das wurde, wenn überhaupt, nur oberflächlich diskutiert. Wenn aber eine Definition der Ziele und Interessen fehlt, dann bleiben aus dem Instrumenten-

kasten internationaler Politik nur noch Diplomatie und Appelle – vorzugsweise an alle Beteiligten.

Diese Mischung aus einer fehlenden Konzeption und der Selbstlimitierung mit Blick auf die Handlungsoptionen ist, gerade mit Blick auf den Nahen Osten, besonders fatal, da dort, wie in kaum einer anderen Weltregion, ohne *hard power* politische Ziele nur schwer zu erreichen sind. In Abwandlung eines bekannten Sprichwortes ließe sich sagen: *Wenn man nur Diplomatie hat, dann sieht alles wie ein politisches Problem aus.*

Besonders an den Giftgasangriffen in Ghuta im Sommer 2013, bei dem Tausende ermordet wurden, lässt sich dies illustrieren. Zwar sei sich das politische Berlin in der Abscheu über diesen Angriff einig gewesen, jedoch hätte man im gleichen Atemzug eine militärische Vergeltung für dieses Verbrechen ausgeschlossen. Zu Recht bemerken die Autoren, dass die „Diskrepanz zwischen öffentlichen Empörungsrhetorik und außenpolitischem Handeln hier besonders deutlich“ (S. 55) geworden sei. Schlimmer noch als die hilflosen Appelle ist in der Rückschau indes, dass die Bundesregierung, insbesondere Kanzlerin Merkel, eine militärische Antwort westlicher Staaten, allen voran der USA, aktiv untergraben hat (S. 56 f). Stattdessen beschränkte man sich in Berlin auf wolkige Floskeln und die Forderung nach einer „politischen Lösung“ im Rahmen internationaler Institutionen. Kritik daran wird bis heute stets damit abgewehrt, dass das syrische Regime seine Bestände chemischer Waffen ja aufgegeben hätte. Zum einen ist es bis heute mehr als zweifelhaft, dass dies in vollem Umfang geschehen ist und zum anderen hat das Regime seither immer wieder Chlor bei Angriffen eingesetzt. Die fehlende Vergeltung und Re-Etablierung einer roten Linie durch den Westen, was den Gebrauch von chemischen Waffen angeht, wird hier besonders deutlich. Diese Botschaft wurde nicht nur in Damaskus vernommen. Auch in Moskau und Teheran bestätigte diese ausgebliebene Reaktion, dass der Westen ihren strategischen Interessen nichts entgegensetzen wird. In der Folge machte man sich daran, am Boden Fakten zu schaffen. Gleichsam widerlegten das iranische und das russische Regime damit das deutsche Mantra, dass es „keine militärischen Lösungen“ in Syrien gäbe. Im Jahr 2021 haben gerade diese beiden Länder durch ihre erbarmungslose Kriegsführung das Land militärisch wieder weitestgehend unter die Kontrolle des Regimes gebracht.

Wie bereits erwähnt, konnten sich die Autoren zum Großteil nur auf öffentliche Quellen stützen. Dennoch haben sie nicht nur den Konflikt in Syrien und die (nicht vorhandene) Reaktion der Bundesregierung gut dargestellt, sondern ebenso ein Lehrstück über die gegenwärtige Außenpolitik vorgelegt.

Bedauerlicherweise haben Neitzel und Scianna, wie so oft, wenn es um Syrien geht, die Rolle des iranischen Regimes nicht ausreichend gewürdigt. Es war sicherlich auch nicht ihr Kernthema, aber dennoch hatte die Zurückhaltung Deutschlands und des gesamten Westens in Syrien seinen Grund vor allem in den Verhandlungen und dem späteren Abschluss des JCPOA. Dies hätte abseits des kurzen Verweises (S. 35) näherer Ausführungen bedurft – erklärt es doch auch, warum sich der Westen auch nach dem Abschluss des Abkommens in Syrien weithin zurückgehalten hat. So hat das Mullah-Regime mal mehr mal weniger subtil mit der Aufkündigung des Abkommens im Falle einer robusten Intervention gedroht. Auch hier rächt sich wieder die Konzeptions- und Ambitionslosigkeit deutscher Außenpolitik im Nahen Osten, die bis heute keine kohärente Antwort auf die imperialen Bestrebungen Teherans und die damit verbundene Destabilisierung der Region gefunden hat.

Und selbst wenn sich die Bundesrepublik an militärischen Aktionen beteiligt, die im Kontext des Konfliktes in Syrien stehen, lägen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander, wie die Autoren überzeugend nachzeichnen. Dies werde besonders deutlich, wenn es um die Beteiligung an der „*Operation Inherent Resolve*“ zur Bekämpfung des IS geht. Denn selbst im Vergleich zu Ländern wie Dänemark und Norwegen habe Deutschland hier weniger getan. Zu Recht schreiben die beiden Autoren, dass die eigene Beteiligung in einer „grotesken nationalen Nabelschau“ hochgelobt worden sei, obwohl sie nur wenig mit dem realen Engagement in Einklang zu bringen sei.

Entsprechend fällt das Fazit der beiden Autoren aus: „Die deutsche Haltung besteht überspitzt formuliert in leeren Worthülsen und der Hoffnung, dass sich alles irgendwie von selbst lösen möge. Das Tagewerk ist getan, wenn neue Resolutionen der Verurteilung beschlossen, mit ernstem Gesicht Sorgen vorgetragen, internationale Konferenzen einberufen oder Sanktionen verabschiedet wurden.“ An dieser Haltung wird sich auch weiterhin nichts ändern, wenn es nicht endlich eine breite gesellschaftliche Debatte über Sicherheitspolitik und Sicherheitsinteressen gibt. Dazu wird auch gehören, den Bürgerinnen und Bürgern unangenehme Wahrheiten mitzuteilen. So lange diese Auseinandersetzung aber auch seitens der Politik nicht offensiv geführt wird, besteht kaum Grund zur Annahme, dass diese immensen Herausforderungen adäquat adressiert werden. Und auch ein neues Gremium wie ein „Nationaler Sicherheitsrat“ wird dieses grundlegende Problem nicht lösen können.